

# BILDUNG FÜR DIE ZUKUNFT

## Bildungskonvent des Netzwerks Innovation

Dokumentation: Referate, Unterlagen, Hintergrundmaterial

6. Oktober 2001  
Salzburg, Rotunde der Salzburg AG

Zusammenfassung: Tanja Dobart, Barbara Rosenberg

Einladung zum  
Bildungskonvent des Netzwerks Innovation

## BILDUNG FÜR DIE ZUKUNFT

am Samstag, den 6. Oktober 2001  
in der Rotunde der Salzburg AG  
Bayerhamerstraße 16  
5020 Salzburg

### Programm:

- 10:00 Uhr Begrüßung und Einleitung  
**Gabriele Burgstaller**, Vorsitzende der SPÖ Salzburg, Landeshauptmannstv.  
**Alfred Gusenbauer**, Vorsitzender der SPÖ
- 10:15 Uhr Notwendige Innovationen des Bildungssystems – die internationale  
Diskussion  
**Edelgard Bulmahn**, Bundesministerin für Bildung und Forschung, BRD
- 10:40 Uhr Anforderungen an ein zukunftsfähiges Bildungssystem (1)  
ExpertInneninterviews mit  
**Ralph Grossmann**, Professor für Organisationsentwicklung am Interuniversitären  
Institut für Interdisziplinäre Forschung, Wien  
**Bert Unterköfler**, Geschäftsführer H. Neumann Management Consulting
- 11:00 Uhr Anforderungen an ein zukunftsfähiges Bildungssystem (2)  
Publikumsdiskussion  
mit zugesagten Statements von:  
**Dieter Antoni**, Abg. z. NR, Schulsprecher der SPÖ  
**Fritz Bauer**, Arbeiterkammer OÖ  
**Susanne Brandsteidl**, Präsidentin des Wiener Stadtschulrats  
**Josef Hieden**, Schulsprecher der Österreichischen Kinderfreunde  
**Andrea Kuntzl**, Bundesgeschäftsführerin und Projektleiterin des Netzwerks  
**Andrea Mautz**, Österreichische Hochschülerschaft, Bildungsvolksbegehren  
**Kurt Mayer**, Institut für Höhere Studien, Wien  
**Erwin Niederwieser**, Abg. z. NR, Wissenschaftssprecher der SPÖ  
u.a.
- 12:30 Uhr Bildung für die Zukunft: Bildungspolitische Leitlinien  
**Alfred Gusenbauer**
- 13:00 Uhr Abschluss und Gelegenheit zum Gespräch bei einem Aperitif

Moderation: **David Brenner**, Landtagsabgeordneter, Koordinator im Netzwerk Innovation  
**Dagmar Stranzinger**, Frauenbeauftragte der Stadt Salzburg

Wir bitten um Anmeldung per Telefon 01-804 65 01-0 oder e-mail [netzwerk@renner-institut.at](mailto:netzwerk@renner-institut.at)

## INHALT

1. Begrüßung von Gabriele Burgstaller, Landeshauptmannstellvertreterin, Vorsitzende der SPÖ Salzburg .....	Seite 04
2. Referat von Alfred Gusenbauer, Vorsitzender der SPÖ .....	Seite 06
3. Referat von Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung, BRD .....	Seite 11
4. Einleitungsstatement von Ralph Grossmann, Professor für Organisationsentwicklung, Wien .....	Seite 16
5. Einleitungsstatement von Herbert Unterköfler, Geschäftsführer H. Neumann Management Consulting, Wien .....	Seite 19
6. Schriftliches Statement von Karl Michael Millauer, Mitglied des Vostands der BWT-AG, Mondsee .....	Seite 22
7. 10-Punkte-Bildungsprogramm .....	Seite 24
8. Das Modell „Bildungsprämie“ .....	Seite 27
9. Das Modell „Bildungskarenz“ .....	Seite 29

## 1. Begrüßung von Gabriele Burgstaller,

Landeshauptmannstellvertreterin, Vorsitzende der SPÖ Salzburg

Herzlich Willkommen in diesem wunderbaren Raum der Salzburg AG. Ich freue mich sehr, dass dieser Bildungskonvent der SPÖ und des Netzwerks Innovation hier stattfindet. Dass die Wahl auf Salzburg gefallen ist, ist vielleicht auch als ein kleines Dankeschön an die Salzburger SPÖ zu werten, die in den letzten Jahren durch ihre große Geschlossenheit und ihre klare inhaltliche Orientierung aufgefallen ist.

Und ich denke, dass wir heute auch von Salzburg aus eine offene und innovative Diskussion über alle Fragen der Bildungspolitik starten können und sollen. Denn eines muss uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar sein: Wir können uns nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen und von der Romantik der Kreisky-Zeit leben. Ich sage das im Bewusstsein, dass auch ich ein Kind der Kreisky-Ära bin und ohne die sozialdemokratische Bildungspolitik dieser Zeit heute nicht hier, sondern wahrscheinlich irgendwo in meiner Heimatgemeinde als Verkäuferin stehen würde.

Wir brauchen für die Zukunft neue Konzepte. Und welcher Zeitpunkt ist für die Entwicklung solcher Konzepte besser geeignet, als die Zeit einer hoffentlich kurzen Opposition auf Bundesebene, in der wir uns inhaltlich rüsten, um darstellen zu können, dass wir klare Vorstellungen für eine faire und gerechte Zukunft für alle Menschen in diesem Land haben!

Bildung ist in allen Ländern das Thema der Zukunft. Dies gilt für Länder, in denen die Menschen ein Dach über dem Kopf haben und am Abend satt sind, und auch für Länder, in denen das nicht der Fall ist. Denn Bildung bedeutet immer Macht und damit auch Veränderung.

Bildung ist ein wichtiger persönlicher Rohstoff, der mit der Zeit nicht abgebaut, sondern ganz im Gegenteil immer weiter aufgebaut und entwickelt werden kann. Mit diesem Rohstoff kann aber sehr unterschiedlich umgegangen werden. Die einen sehen ihn als rein ökonomische Größe, die bestmöglich im Interesse der Wirtschaft verwertet werden soll. Alle Fähigkeiten und Kenntnisse, die keinen unmittelbaren ökonomischen Verwertbarkeitsgrad besitzen, werden in dieser Denkrichtung als Orchideenfächer – und damit als nicht förderungswürdig – bezeichnet. Diese Diskussion kennen wir natürlich auch in Salzburg. Wir Salzburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vertreten ein anderes Bildungsverständnis. Wir messen Bildung nicht nur an ihrer Verwertbarkeit, sondern wollen die Stärken der unterschiedlichen Bereiche sinnvoll verbinden.

Bildung muss auch als Rohstoff zur Gestaltung von eigenen Lebenschancen gesehen werden. Aus diesem Grund geht es im Zusammenhang mit Bildung wohl letztendlich immer auch um Lebenschancen. Und es muss immer auch auf die ungleiche Verteilung des „Rohstoffs Bildung“ hingewiesen werden.

Als zuständiges Regierungsmitglied für Frauenfragen im Land Salzburg erschrecke ich immer wieder, wenn ich mir Bildungsstatistiken anschau. So kommt zwar die Ausbildung quantitativ den Frauen zugute, aber beim Einsatz, bei der Verwertung des Rohstoffs, wendet sich das Blatt. Frauen stellen bei den StudienanfängerInnen mehr als 50%, bei den AbsolventInnen sinkt der Prozentsatz allerdings auf unter 50%. Die Veredelung des Rohstoffs „Bildung“ ist also noch immer eher Sache der Männer.

Bildung ist der wichtigste Faktor zur Verwirklichung von Chancengleichheit. Sie kann aber nur dann umgesetzt werden, wenn auch gleiche Ausgangsvoraussetzungen vorhanden sind. Der freie Zugang zu Bildungseinrichtungen alleine reicht nicht aus. Es macht eben auch einen großen Unterschied, ob jemand finanziell abgesichert und unabhängig ist oder nicht.

Ein Beispiel: Ein junger Mensch, 25- oder 30-jährig, will sich weiterbilden und seinen Job wechseln, kann dies aber auf Grund seiner finanziellen Situation nur tun, wenn er und seine Familie 5 Jahre lang von der Sozialhilfe leben. Er hat gar keine Chance. Jemand, der das nötige Geld nicht besitzt, hat keine zweite Chance. Da gibt ganz wenige Ausnahmen – Stichwort Stipendiensystem – an den Universitäten. Bildungspolitik muss deshalb immer auch als Frage des sozialen Ausgleichs gesehen werden. Diejenigen, die einer finanziellen Unterstützung bedürfen, müssen diese auch wirklich bekommen.

Gerade im Bildungsbereich muss aber auch auf die Verteilung des Geldes geachtet werden. Die Arbeiterkammer veröffentlicht jährlich Zahlen, die belegen, dass Eltern für Nachhilfestunden ungefähr 4 Milliarden Schilling ausgeben. Dieses Geld kann ganz sicher sinnvoller eingesetzt werden.

Oder: Die Bundesregierung erwartet sich eine Milliarde Schilling aus den Studiengebühren – und gleichzeitig werden jedes Jahr ca. zwei Milliarden sinnlos ausgegeben, weil Schülerinnen und Schüler, die in einem Fach nicht die geforderte Leistung erbracht haben, ein ganzes Jahr alle Fächer wiederholen müssen. Das ist nicht zielführend. Wir brauchen hier einen modularen Ansatz in unserem Bildungssystem.

Nicht vergessen dürfen wir auch die noch immer vorhandene negative Schlagseite der Bildung. Viele von Ihnen werden sich vielleicht noch persönlich an den Notenterror in der Schule und in der Familie erinnern. Dadurch wird Bildung negativ besetzt. Auch das Integrationspaket der Bundesregierung kann als ein negatives Beispiel angeführt werden: Es ist schon ein Armutszeugnis, dass der einzige Gedanke der schwarz-blauen Bundesregierung im Bildungsbereich ist, Menschen zu einem Deutschkurs zu zwingen und im Falle von Problemen zu bestrafen. Das hat wenig mit Bildung und Integration zu tun. Es geht der Regierung offensichtlich nicht darum, die entsprechenden Kurse anzubieten und auf die integrative Funktion der Sprache hinzuweisen, sondern es wird gesagt: „Wenn du die Sprache nicht lernst, dann fliegst du raus!“ Das ist eine „Ausländer- Raus“ Politik – und die hat mit Bildung und den damit verbundenen Chancen nichts zu tun.

Da wir überzeugt sind, dass Bildung einen wichtigen Eckpfeiler für die persönliche Zukunft jeder und jedes Einzelnen darstellt, müssen wir daran arbeiten, ein positives Bildungsverständnis aufzubauen. Ich bin überzeugt, dass viele Menschen jeden Abend bildungshungrig schlafen gehen, und ich wünsche mir, dass sie auch mit einem Wissensdurst aufwachen und unsere Bildungsangebote in Zukunft auch in Anspruch nehmen.

Gestern wurde von Alfred Gusenbauer bereits ein neues Weiterbildungsmodell präsentiert. Die Stichworte Bildungsprämie, Bildungskredit, Bildungsinvestitionsbonus sind Punkte eines neuen Bildungsprogramms, das der Parteivorsitzende im Rahmen unserer Tagung heute noch vorstellen wird. Ich kann sagen, dass die SPÖ ist in Bildungsfragen „aufgewacht“ ist, und ich hoffe, dass auch andere Ergebnisse des Projekts „Netzwerk Innovation“ in Salzburg und in ganz Österreich – auch mit internationalen ExpertInnen – diskutiert werden, damit wir den Bürgerinnen und Bürgern ein Angebot geben können, wieder ein großes Stück des Weges mit uns in der Regierung zu gehen.

Ich wünsche den Teilnehmerinnen und Teilnehmern alles Gute für den heutigen Tag!

## 2. Referat von Alfred Gusenbauer,

Vorsitzender der SPÖ

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde!

Ich glaube, das war heute ein gelungener Vormittag, um die ersten Ergebnisse unseres Netzwerks Innovation im Bereich der Bildung zu diskutieren. Ich möchte mich bei all jenen, die in den vergangenen Monaten diesen Diskussionsprozess mit großem Engagement geführt haben, herzlichst bedanken, weil es eine für die Sozialdemokratie ungewöhnliche Diskussion war. Es war nämlich eine Diskussion, die über ein ausreichendes Provokationsniveau verfügt hat. Das scheint mir in der Bildungsdiskussion dringend erforderlich zu sein.

Ich möchte als Konsequenz der heutigen Debatte ein paar allgemeine Bemerkungen machen und dann zehn konkrete Projekte zur Diskussion vorschlagen, die die Arbeit in den nächsten Wochen und Monaten prägen sollen - mit der Zielsetzung, eine verbindliche bildungspolitische Plattform zu etablieren - nicht nur mit Blick auf eine künftige Regierungsverantwortung auf Bundesebene, sondern auch mit Blick auf bereits vorhandene Verantwortung, zum Beispiel auf Landesebene.

Wir leben in einer Zeit, in der die Eltern erstmals nicht davon ausgehen, dass es der Generation ihrer Kinder besser gehen wird. Das ist eine ganz wesentliche Veränderung, denn das Entwicklungsparadigma der Nachkriegszeit hat darin bestanden, dass Eltern immer der Auffassung waren, es solle den Kindern besser gehen - und die reale wirtschaftliche und soziale Entwicklung war auch so, dass es der nächsten Generation immer besser gegangen ist. Jetzt lebt das erste Mal eine Elterngeneration - nach einer jüngsten Untersuchung -, die nicht mehr davon ausgeht, dass es den Kindern besser geht. In dieser Haltung spiegelt sich wider zum einen große Sorge über die Zukunft, es spiegeln sich wider gewisse Ängste, aber auch die enorme Bedeutung, die vor allem Bildung für die Zukunft hat, weil ja letztendlich mit Bildungspolitik diesen Sorgen und Ängsten begegnet werden kann.

Dabei müssen wir uns im klaren darüber sein, dass Bildung nicht auf das unmittelbar Verwertbare eingeschränkt werden kann. Ich halte diese Gegenüberstellung von ökonomisch verwertbarer nützlicher Bildung auf der einen Seite und schöngeistiger Bildung auf der anderen Seite für eine artifizielle Trennung, die im übrigen überhaupt nichts mit realen Herausforderungen zu tun hat. Denn das, was nützlich oder scheinbar nützlich ist, ist einem enormen Veränderungsprozess unterzogen. Was vor 5 Jahren als unnütz bezeichnet wurde, ist heute in einem hohen Ausmaß nachgefragt. Daher glaube ich, dass man in der Bildungspolitik ausreichend allgemein sein muss, was die Aneignung von Kompetenzen, von kommunikativen und sozialen Fertigkeiten betrifft.

Im wesentlichen geht es in der Bildungspolitik einmal darum, Lust auf weiteres Lernen, auf Weiterbildung und Lust auf weitere Auseinandersetzung zu erzeugen. Die Primärausbildung an unseren Schulen und an unseren Hochschulen hat nicht das Ziel, völlig fertig ausgebildete Menschen zu produzieren, sondern muss meiner Auffassung nach die Lust zur Weiterbildung stimulieren.

Darüber hinaus glaube ich, wenn man einen Begriff als zentralen Wert der Bildung definieren wollte, dass wahrscheinlich der zentralste Wert der Bildung darin besteht, dass die jungen Menschen zur Selbstbestimmung befähigt werden. Letztendlich ist die Selbstbestimmung der Kern der eigenständigen Auseinandersetzung mit der Umwelt, mit den ökonomischen, technologischen und den kulturellen Herausforderungen. Daher hat im Zentrum der

Bildungspolitik nicht Unterordnung zu stehen oder konservative Modelle wie das jetzt im „Desintegrationsvertrag“ der Bundesregierung festgehalten ist, sondern im Zentrum sozialdemokratischer Bildungspolitik hat die Selbstbestimmung der Menschen zu stehen!

Wir sind in der Vergangenheit als Sozialdemokraten immer davon ausgegangen, dass die primäre Ausbildung die wichtigste ist. Daher hat sich auch die gesamte sozialdemokratische Bildungsdiskussion immer auf die primären Ausbildungsformen konzentriert. Heute wissen wir, dass wir ein krasses Missverhältnis in unserer Gesellschaft haben zwischen primärer Ausbildung und den bislang vernachlässigten Formen der Weiterbildung. Hier muss es einen grundsätzlichen Transfer von Prioritäten geben in Richtung Weiterbildung.

Wir haben daher ganz bewusst gestern nicht die Primärausbildung in den Fordergrund gestellt, sondern das erste Mal einen Vorschlag präsentiert im Bereich Weiterbildung, um auch in der öffentlichen Darstellung klar zu machen, dass wir auf die Weiterbildung ganz entscheidendes Augenmerk legen. Und dass wir die Diskussion nicht auf diesen Bereich reduzieren wollen, aber dass wir die Diskussion auf diesen Bereich konzentrieren wollen.

Das hat nicht nur zu tun mit der von der OECD festgestellten enormen Lücke, die es im Bereich der Weiterbildung in Österreich gibt. Es ist bekannt, dass in Österreich rund 15 Milliarden Schilling pro Jahr für Weiterbildungsmassnahmen fehlen, damit Österreich mit vergleichbaren Ländern gleichziehen würde. Es ist auch aus einem zweiten Grund notwendig, sich auf diesen Bereich zu konzentrieren: Mehr als jede soziale Transferleistung entscheidet Bildung über die Chancen in einer Gesellschaft. Wenn wir der Auffassung sind, dass entsprechend den neuen technologischen und ökonomischen Herausforderungen Gleichheit bei der Primärausbildung nicht mehr ausreicht, um den Herausforderungen zu begegnen, dann heißt das in der Konsequenz, wenn wir unser Modell von der Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit weiterentwickeln wollen, dass wir vor allem auf dem Sektor der Weiterbildung jene Chancengleichheit herstellen müssen, die wir in der Vergangenheit auf dem Sektor der Primärausbildung hatten. Es geht nicht darum, mit Transfers Korrekturen eines gesellschaftlichen Missverhältnisses durchzuführen sondern die Idee der Chancengleichheit auf die neue Ebene der Bildungsherausforderungen zu transferieren.

In diesem Zusammenhang war sehr wichtig, was die Wiener Stadtschulratspräsidentin Susanne Brandsteidl in ihrer Wortmeldung gesagt hat über die 4 Parameter des Veränderungsbedarfs in der sozialdemokratischen Bildungspolitik. Ich unterstreiche, dass ich alle vier Bereiche für entscheidend und für wichtig erachte, wobei ein Bereich mir ganz entscheidend scheint, und das ist der der sprachlichen und kommunikativen Kompetenz. In einer Zeit, da wir über Globalisierung kritisch oder weniger kritisch sprechen, da über die Internationalisierung von Wirtschafts- und anderen Prozessen gesprochen wird, ist Bilingualität eine Grundvoraussetzung.

Nicht nur eine Bilingualität, die sich an unseren klassischen sprachlichen Mustern orientiert, nämlich dass ein jeder daran denkt, dass man Deutsch und Englisch können sollte, sondern Bilingualität auch verstanden als eine Vorstufe zur Erweiterung der Europäischen Union und zur Hereinholung des gesamten mittel- und osteuropäischen Kulturraums in unser Denken, in unser Handeln und auch in unser Sprechen.

Ich bin daher sehr begeistert gewesen, als vor kurzem Manfred Stolpe uns besucht hat und uns vorgestellt das Modell der Universität Frankfurt an der Oder hat, wo bereits seit mehreren Jahren als Vorbereitung für die Erweiterung ein Großteil der Kurse deutsch-polnisch durchgeführt wird, was zur Konsequenz hat, dass ein Drittel der Studenten dort bereits aus Polen stammt. Ich finde, das ist eine ausgezeichnete Maßnahme, um die Erweiterung der Europäischen Union vorzubereiten. Ich würde mir wünschen, dass österreichische Universitäten diesem Beispiel auch folgen.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass das Bildungssystem nach wie vor eine zentrale Rolle dabei spielen muss, geschlechtsspezifische Barrieren abzubauen, denn das ist entscheidend, wenn wir über Chancengleichheit reden. Die Chancengleichheit ist nicht nur sozial, nicht nur regional determiniert, sondern im entscheidenden Ausmaß natürlich auf der Ebene von Männern und Frauen herzustellen. Dabei hat das Bildungssystem nach wie vor Defizite aufzuholen.

Es hat heute eine Reihe von guten Beiträgen gegeben, und auch ich lehne jegliche Diskussion ab, die in ein selbstverliebtes Lamento darüber verfällt, wie schrecklich alles ist. Es geht darum, konkrete Perspektiven für die Zukunft zur Verbesserung zu formulieren. Daher möchte ich euch 10 Vorschläge unterbreiten, für unsere weitere Diskussion:

1. Kinderbetreuungseinrichtungen dürfen keine Aufbewahrungsstätte sein, sondern man muss sie als Teil des Bildungsangebotes verstehen. Daher bin ich der Meinung, dass Bildung ausgedehnt werden muss auf die früheren Lebensjahre, natürlich in Verbindung von Spiel- und Lernmöglichkeiten. Ich glaube, ein erster Schritt dazu wäre, einen verbesserten Vorschulunterricht zur Stärkung der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit, der sozialen- und Konfliktlösungskompetenzen und zur Förderung der kreativen und musischen Kompetenzen einzuführen.

2. Ich schlage vor, dass wir ab der ersten Klasse Volksschule verbindlichen zweisprachigen Unterricht einführen als eine erste Stufe der Internationalisierung unserer Schulen. Die gesamte moderne Hirnforschung legt nahe, dass jedes Jahr nach dem vierten Lebensjahr, in dem ein Kind nicht eine Fremdsprache erlernt, ein verlorenes Jahr ist, weil damit nicht nur eine Sprache erlernt wird, sondern es generell zur Vervielfältigung der Fähigkeiten und Aneignungsmöglichkeiten von Kindern kommt.

Ich kann mich erinnern, dass wir, gerade als vor rund 20 Jahren die Auseinandersetzung über die Frage des Unterrichtes für slowenische Kinder im Gange war, mit Recht gesagt haben, zweisprachige Kinder sind intelligenter. Wir wollen das nicht nur auf unsere slowenischen Freunde reduzieren, sondern für alle Kinder in Österreich möglich machen.

3. Die relativ starre Gliederung im Bereich der Oberstufen, die Trennung zwischen Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Höheren Schulen schlage ich vor aufzulösen - vor allem vor dem Hintergrund, dass wir in den ländlichen Bereichen sogenannte Bildungsregionen schaffen wollen, innerhalb derer es möglich ist, unterschiedliche Module von Oberstufenausbildung für jeden zu garantieren. Zwar hat jeder eine Stammschule, kann aber an unterschiedlichen Schulen unterschiedliche Qualifikationen erwerben. Das führt zu einer weit besseren Auslastung unseres schulischen Angebotes und zu einer Verbreiterung der Qualifikationsmöglichkeiten in der Oberstufe.

4. Wir brauchen im Bereich der beruflichen Bildung, wo der größte Mangel besteht, eine zusätzliche Initiative zum Ausbau der Ausbildungsplätze. Wenn wir wissen, dass in manchen Fachhochschulen nur ein Zehntel aller Bewerber einen Platz bekommt, wenn allgemein für die Fachhochschulen in Österreich gilt, dass nur ein Viertel tatsächlich aufgenommen werden kann, dann brauchen wir in Österreich mehr Ausbildungsplätze an den Fachhochschulen. Dieser Typus einer berufsorientierten tertiären Ausbildung als Ergänzung zu unseren bisherigen Ausbildungsmöglichkeiten muss absolut gestärkt werden. Wenn derart viele auf Fachhochschulen gehen wollen, dann sollten wir ihnen dazu auch die Möglichkeit geben.

5. Mein fünfter Vorschlag bezieht sich auf die Frage der Lehrlinge. Die duale Ausbildung bleibt die Grundlage, aber ich glaube, wir müssen auch über die Entwicklung alternativer Formen zur dualen Ausbildung nachdenken. Es gibt hier Vorschläge in Richtung Berufsfachschulen mit starker Praxisorientierung - anstelle auch des bisherigen Polytechnikums. Von den rund 300.000 Menschen in Österreich, die in angelernten Berufen



tätig sind, hat ungefähr die Hälfte eine abgeschlossene berufliche Ausbildung. Das heißt, dass rund 150.000 etwas gelernt haben, einen Lehrberuf, den sie danach nicht ausüben oder nicht ausüben können. Hier tut sich eine enorme Bildungssackgasse auf, wo es ganz offensichtlich zu einer Fehlallokation von Bildungsressourcen kommt. Ein großer Teil der jungen Menschen in Österreich entscheidet sich für eine solche berufliche Ausbildung, wir müssen daher über zukunftsorientierte Ausbildungsmöglichkeiten nachdenken.

6. Mein sechster Vorschlag besteht darin, das gebührenfreie Nachholen von Bildungsabschlüssen zu ermöglichen. Besonders viele Menschen, die in Österreich heutzutage arbeitslos werden, haben keine abgeschlossene schulische Ausbildung. Es fehlt oft der Hauptschulabschluss, es fehlen Fachschulabschlüsse, es fehlen Berufsreifeprüfungen. Wenn wir wollen, dass nicht nur einmal im Leben die Menschen eine Chance haben sollten, sondern mehrfach im Leben eine Chance brauchen, sollten wir diese Chance auch durch das gebührenfreie Nachholen von Bildungsabschlüssen ermöglichen.

7. Das gesamte primäre Bildungssystem soll in Österreich kostenlos absolviert werden können. Daher fordere ich die Abschaffung der Studiengebühren, liebe Freunde.

8. Mein achter Vorschlag besteht darin, die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden und des Mittelbaus an den Hochschulen zu erhalten. Die Pläne der Regierung, zur Ordinariatenuniversität der 60er-Jahre zurückzukehren, lehne ich ab. Auch im Schulbereich sollten wir die Mitbestimmungsrechte weiter ausbauen.

9. Mein neunter Vorschlag besteht im Bildungsprämienmodell, das wir gestern vorgestellt haben. Das ist eine innovative Maßnahme, die dazu führen soll, dass wir die enorme Lücke schließen, die es im Weiterbildungsbereich in Österreich gibt. Und zwar nicht durch ein zentralisiertes System der Weiterbildung, sondern durch verbesserte Chance für jeden Einzelnen, zu dieser Weiterbildung zu kommen.

Unser Vorschlag besteht darin, dass jeder die Möglichkeit haben soll, zwei Prozent seines Bruttolohnes auf ein Bildungskonto bei einer Bank einzuzahlen und dass es die staatliche Garantie gibt, dass eine Gesamtsumme von 5.000 Euro nach fünf Jahren zur Verfügung steht. Aber niemand entschließt sich fünf Jahre davor, eine Weiterbildungsmaßnahme zu ergreifen, daher ist die Gesamtsumme dieser 5.000 Euro ab dem Vertragsabschluss für jeden Einzelnen abrufbar, um ein Kursangebot, eine universitäre oder eine andere Form von Weiterbildung beginnen zu können, auf der Grundlage, dass sich ein Weiterbildungsmarkt in Österreich etablieren kann, weil natürlich entsprechende Qualität der Angebote garantiert sein muss, damit auch diese relativ große Investition gerechtfertigt ist.

Zweitens wird es möglich sein, im Anschluss an diese Bildungsprämie einen Bildungskredit zu bekommen, der ein Gesamtausmaß von 30.000 Euro umfassen wird. Das heißt, auch ein Universitätsstudium an einer internationalen Universität ist auf Basis eines solchen Kredites finanzierbar. Dieser Bildungskredit wird die Förderung auch dadurch haben, dass die Rückzahlungsraten für diesen Bildungskredit steuerlich absetzbar sein sollen, ein Drittel dieses Bildungskredits also de facto von der Gesellschaft gefördert wird.

Wir haben drittens einen Bildungsbonus für Unternehmungen vorgeschlagen, weil ein Großteil der Weiterbildung in den Unternehmungen stattfindet, aber mit einer enormen Konzentration auf große Unternehmungen und auf industrielle Unternehmungen, weil das bisherige System sehr stark Unternehmungen mit einer starken ökonomischen Ertragskraft bevorzugt, da es sich um eine steuermindernde Maßnahme handelt. Wir sind aber der Meinung, dass auch der gesamte Bereich der Klein- und Mittelbetriebe einbezogen werden soll in die Weiterbildungsmaßnahmen, und daher schlagen wir statt diesem Steuerabschreibungsmodell einen Bildungsbonus für alle Unternehmungen vor, der 15 Prozent der in die Weiterbildung investierten Mittel beträgt, für Mitarbeiter bis zu einem Alter von 45 Jahren. Für alle Arbeitnehmer, die über 45 Jahre sind, soll dieser Bonus 30 Prozent

betragen, weil wir der Meinung sind, dass gerade im Bereich der älteren Arbeitnehmer eine zusätzliche Anstrengung erforderlich ist, wenn wir nicht wollen, dass die Menschen frühzeitig vom Arbeitsmarkt gedrängt werden.

Diese drei Massnahmen in Summe könnten eine Weiterbildungsinvestition in Österreich von bis zu 25 Milliarden Schilling auslösen, wobei der staatliche Finanzierungsanteil in etwa acht Milliarden Schilling beträgt. Wir haben bewusst ein Modell gewählt, das die Eigenverantwortung jedes Einzelnen mit der solidarischen Verantwortung der Gesellschaft kombiniert. Wir wollten ein Modell etablieren, das nicht verordnet, sondern das ermöglicht. Ein Modell, das ausgeht von jenem Grundprinzip, das die soziale Marktwirtschaft so erfolgreich gemacht hat, nämlich auf der einen Seite Wettbewerb zu haben und auf der anderen Seite Kooperation zu haben. Ich glaube, dass dieses Modell auch im Weiterbildungsbereich zur Anwendung zu bringen ist und dass wir mit dieser Maßnahme im Stande sein werden, nicht nur unseren Rückstand in Europa aufzuholen, sondern damit eine Grundlage zu schaffen, den Wirtschaftsstandort Österreich zu sichern und die Chancen der Menschen in diesem Land zu verbessern.

10. Fritz Bauer hat es angeführt: Wir müssen natürlich auch die erforderlichen Bildungskarenzen zur Verfügung stellen, damit die Menschen auch die Möglichkeit haben, diese Weiterbildungsformen zu konsumieren und zu absolvieren. Wobei wir der Auffassung sind, dass diese Bildungskarenzen bedeutend flexibler gehandhabt werden sollten, als wir das in der Vergangenheit diskutiert haben, unter anderem weil viele dieser Ausbildungsformen auch während weiterer beruflicher Tätigkeit absolviert werden können.

Liebe Freunde, das ist noch kein Bildungsprogramm, das sind 10 konkrete Vorschläge für unsere weitere Arbeit in den nächsten Monaten, 10 Vorschläge, von denen ich überzeugt bin, dass sie die Bildungspolitik auf allen Ebenen in unserem Land in die Zukunft führen und eine Grundlage dafür darstellen können, ein sozialdemokratisches Bildungskonzept zu erarbeiten.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei euch für eure Mitarbeit, bei all denen, die den heutigen Konvent organisiert haben, und lade alle sehr herzlich ein, weiter mit uns an der Etablierung eines zukunftstauglichen Bildungssystems für Österreich zu arbeiten, das Chancen für alle bietet, das aber gleichzeitig voraussetzt, dass nur das Engagement jedes Einzelnen in Kombination mit diesen gleichen Chancen der Schlüssel zu dem sein kann, was jeder in seinem Leben und in unserer Gesellschaft erreichen kann.

### 3. Referat von Edelgard Bulmahn,

Bundesministerin für Bildung und Forschung, BRD

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
lieber Alfred Gusenbauer, liebe Gabi Burgstaller,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

über die Einladung, heute bei ihnen in Salzburg zu sein, habe ich mich sehr gefreut. Eine Einladung zum „Netzwerk Innovation“ ... das macht neugierig. Ich bin aber nicht nur als Bundesministerin für Bildung und Forschung gekommen – ich komme auch als Landesvorsitzende und Parteivorstandsmitglied der SPD. Mit der SPÖ verbindet die SPD eine lange und tiefe Freundschaft – deswegen bin ich gerne gekommen und bringe auch Grüße aus Berlin mit.

Mitglieder des „Netzwerks Innovation“ sind Experten und Expertinnen aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Politik. Solche Netzwerke, meine Damen und Herren, sind ganz besonders in der Bildung und Wissenschaft wichtig und notwendig.

Die Veränderungen unserer Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft, die unter Leitbegriffen wie Wissens- und Informationsgesellschaft, Internationalisierung und Globalisierung oder Individualisierung diskutiert werden, haben die Anforderungen an unser Bildungs- und Wissenschaftssystem deutlich verändert.

Nur gemeinsam können wir die Zukunftsaufgabe, die vor uns liegt, bewältigen. Hier müssen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam an einem Strang ziehen. Denn gute Bildung und Ausbildung entscheidet darüber, ob junge Menschen den Herausforderungen in der Welt von morgen gewachsen sind. Eine Welt, die wir zwar noch nicht kennen, weil es sie noch nicht gibt, deren Umriss wir aber erahnen können: Die Internationalisierung, die Vielfalt der Kulturen, der ungeheure Zuwachs an Wissen, neue Technologien und eine veränderte Arbeitsorganisation erfordern mehr Bildung, Flexibilität und Mobilität.

Bildung und Forschung haben für die Deutsche Bundesregierung Priorität. Wir haben seit der Regierungsübernahme 1998 den Etat für Bildung und Forschung erhöht. Der Haushalt meines Ministeriums wird im Jahre 2002 insgesamt rund 16,4 Mrd. DM betragen, dies ist eine Steigerung von 17,1 %. Das ist der größte Etat für Bildung und Forschung, den es in der Geschichte der BRD jemals gegeben hat!

Wir investieren damit in die Köpfe der Menschen, die bei uns leben, in unsere Hochschulen, in unsere Forschungseinrichtungen und in die beruflichen Ausbildungsstätten, kurz gesagt, wir investieren in unsere Zukunft.

Diese Tatsache ist in den Köpfen der Entscheidungsträger aus den konservativen Lagern noch nicht verankert – sie sehen die Investitionen in Bildung und Forschung nicht als Zukunftsinvestitionen – sondern als eine Verwaltungsinvestition. Während die SPD-geführte Bundesregierung in Deutschland nach 16 Jahren CDU-Regierung die Investitionen erhöht, stagnieren hier in Österreich die Ausgaben für Schulen; die Ausgaben für Forschung und Wissenschaft werden eingefroren.

Ich sage ihnen: Das ist der falsche Weg. Gute Bildungseinrichtungen haben ihren Preis – oder um es mit J.F. Kennedy zu sagen: „Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle sind in diesen Tagen Zeitzeugen dafür, wie Europa zusammenwächst, neue Aufgaben übernimmt und sich neuen Herausforderungen stellt. Durch die dramatischen Ereignisse am 11. September in Washington und New York sind wir international stärker zusammengerückt als jemals zuvor. Der Schulterschluss Europas mit den USA in der Auseinandersetzung mit weltweit operierenden Terrorgruppen, die Friedenssicherung im Kosovo und in Mazedonien zeigen uns, dass die Zukunft weitere Schritte der Zusammenarbeit und der Integration erfordert.

Wir haben mehr als fünf Jahrzehnte Frieden in Westeuropa erlebt. Wir konnten uns lange darauf konzentrieren, die Schranken untereinander abzubauen. Jetzt gilt es, den Blick nach außen zu richten, unsere Erfahrungen einzubringen, um zum Frieden und zur Sicherheit in anderen Teilen der Welt beizutragen.

Mit dem Leitbild des „Europäischen Bildungs- und Forschungsraumes“ wollen wir ein Raum des freien Austausches von Studierenden, Lehrenden, Forscherinnen und Forschern, ihren Ideen und ihrer Kreativität werden. Gerade in den Bereichen „Bildung“ und „Forschung“ zeigt sich, wie wir einerseits weltweit wettbewerbs- und kooperationsfähig sein und andererseits Offenheit und Solidarität miteinander verbinden können. Wir können diese Herausforderung erfolgreich meistern, wenn wir bewusst und systematisch miteinander zusammenarbeiten, wenn wir die Individualität des Einzelnen und jedes einzelnen Landes achten und unsere kulturelle Vielfalt als Reichtum ansehen.

Bei den Hochschulen hat sich die europäische Bildungspolitik über die EU hinaus entwickelt. Ich spreche vom Bologna-Prozess, der in Prag in diesem Jahr fortgesetzt wurde und 2003 in Berlin die nächste große Etappe erreichen wird. Inzwischen sind 33 europäische Staaten beteiligt. Auf Basis freiwilliger Vereinbarungen geht es darum, den europäischen Bildungsraum auszugestalten, d.h., die unterschiedliche und zum Teil schwer überschaubare europäische Hochschullandschaft transparenter und kompatibler zu machen.

Nicht zuletzt wird damit dem immer stärker zusammenwachsenden Arbeitsmarkt Rechnung getragen und die Beschäftigungsmöglichkeiten von Hochschulabsolventen auf dem internationalen Arbeitsmarkt verbessert.

Europa kann eine bedeutsame Rolle spielen, es kann eine treibende Kraft in der Welt darstellen, wenn wir als ein „Team“ auftreten. Ein Team mit aufeinander eingespielten „Individualisten“, den Mitgliedstaaten, die ihre spezifischen Eigenheiten und speziellen Fähigkeiten nicht aufgeben, sondern bewusst einbringen.

Der Europäische Rat hat auf seinen Treffen in Lissabon im März 2000 für die Europäische Union ein wichtiges strategisches Ziel formuliert: Die Union soll bis zum Ende dieses Jahrzehntes zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt werden.

Für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeit eines Landes spielen Bildung und Forschung eine entscheidende Rolle. Dies fordert Maßnahmen auf europäischer Ebene, aber auch nationale Maßnahmen. Jedes Land muss dabei für sich sehen, welche Anpassungen, welche Reformen erforderlich sind, um seine Gesellschaft zukunftsfähig zu machen. Dabei hilft der Blick zu den Nachbarn, welche Lösungen sie vorzuweisen haben, um daraus für die eigene Situation zu lernen. Ich habe gelesen, dass es im November hier in Österreich ein Bildungsvolksbegehren geben wird. Viele Punkte kann ich inhaltlich nachdrücklich unterstützen!

Bildung ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt, sichert Wohlstand und hilft Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Bildung ermöglicht die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben. Sie bietet zugleich persönliche Orientierung in einer immer komplexer werdenden Welt. Wissen und

die Fähigkeit, Wissen zu erschließen und gezielt zu nutzen, sind das Wichtigste, was ein Mensch und was eine Gesellschaft heute besitzen können. In dem Maße, in dem Wissen und Fertigkeiten Schlüssel für die Zukunft sind, führen Nichtwissen und unzureichende Kompetenzen zu sozialer und beruflicher Ausgrenzung.

Die gerechte Teilhabe an Bildungschancen und damit an Arbeit und Beschäftigung, an Fortschritt und Wohlstand sind zentrale Aufgaben einer zukunftsorientierten Bildungspolitik. Gut ausgebildete Jugendliche sind für einen Beruf gerüstet und finden sich im Leben und in der Welt zurecht. Soziales und gesellschaftliches Wissen und Orientierung sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass sie ihr Leben aktiv in die Hand nehmen und an der Weiterentwicklung unserer Demokratie aktiv mitwirken können. Somit ist Bildungspolitik auch Sozialpolitik – sogar mehr als das: gute und erfolgreiche Bildungspolitik ist die beste und erfolgreichste Sozialpolitik.

Soziale Chancengleichheit, wirtschaftliches Wachstum, Toleranz, Demokratie – für all dies ist ausreichende Bildung eine Grundvoraussetzung. Arbeitslosigkeit, Fremdenfeindlichkeit, politischer Passivität – können wir mit Hilfe einer guten Bildungspolitik entgegenwirken.

Es liegt in unserer Verantwortung, die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund und ihrer ethnischen und kulturellen Herkunft, die Bildungsangebote wahrnehmen können, die ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen.

Die Sozialdemokratische Leitidee ist und bleibt: Bildung für alle.

Dazu gehört die volle Chancengleichheit beim Zugang zu höherer Bildung. Jeder muss die Möglichkeit erhalten, studieren zu können – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, dies ist keine Floskel aus den 70er Jahren. Das ist heute mindestens genauso notwendig wie damals. Wir alle können es uns nicht mehr leisten, auf dieses Potenzial zu verzichten! Elitförderung ist nicht nur sozial ungerecht, sondern in Zeiten von Akademikermangel auch ökonomisch widersinnig! Studiengebührenfreiheit für das Erststudium ist für soziale Chancengleichheit eine Grundvoraussetzung. Das konservative Lager ist so schon seit Jahrzehnten um Selektion bemüht.

Ein weiterer Punkt in dem Bildungsvolksbegehren hat mich sehr gefreut: Dort wird ein leistungsorientiertes Dienstrecht gefordert. In Deutschland habe ich diese Reform gerade angepackt – und es war höchste Zeit: unser Dienstrecht stammt nämlich noch aus dem vorletzten Jahrhundert.

Die deutschen Hochschulen leiden nach wie vor unter Überreglementierung und zu komplizierten Entscheidungsprozessen. Die Hochschulen müssen von bürokratischen Vorgaben entlastet werden; ihre Eigenverantwortung muss gestärkt werden. Damit unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen auch künftig im internationalen Wettbewerb bestehen können, ist es dringend erforderlich, Strukturreformen durchzuführen und die Probleme unseres Hochschulsystems an der Wurzel zu packen. Die Reform des Hochschuldienstrechts spielt dabei eine entscheidende Rolle.

Mit einem Erstberufungsalter von 42 Jahren für Professoren und Professorinnen können wir uns im internationalen Vergleich nicht mehr sehen lassen. Wohl gemerkt, 42 Jahre ist das Durchschnittsalter in Deutschland, nicht das Höchstalter.

Die Kernpunkte meiner Dienstrechtsreform sind:

- Die Einführung einer Juniorprofessur mit dem Recht zur selbständiger Forschung und Lehre.
- Die ausschließliche Bewertung der Qualifikation für eine Professur im Berufungsverfahren unter Verzicht auf die Habilitation.

- Die Altersstufen bei der Besoldung werden durch variable Gehaltsbestandteile im Sinne einer leistungsbezogenen und flexiblen Vergütungsstruktur ersetzt.
- Und schließlich werden Fachhochschulen und Universitäten besoldungssystematisch gleichgestellt.

Mit der Einführung einer Juniorprofessur will ich erreichen, dass junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland bereits in ihrer kreativsten Phase, mit Ende 20 oder Anfang 30, selbständig und unabhängig forschen und lehren können.

Klar ist: das Abschneiden „alter Zöpfe“ funktioniert nie reibungslos. Aber Deutschland ist an einem Punkt angekommen, an dem wir keine Wahl mehr haben. Wir sind ein rohstoffarmes Land und haben schon immer von dem gelebt, was in den Köpfen der Menschen entsteht. Wir können es uns schlicht nicht mehr leisten, dass die besten „Köpfe“ ins Ausland abwandern, weil sie dort bessere Bedingungen vorfinden. Bis zu 15 % unserer Nachwuchswissenschaftler wandern allein in die USA ab und subventionieren so, volkswirtschaftlich betrachtet, die amerikanische Forschung.

Internationalisierung darf deshalb keine Einbahnstraße sein. Unsere Bildungssysteme müssen offen sein für Menschen aus anderen Ländern, die bei uns leben, lernen, arbeiten und studieren wollen. Meine Partei begreift die Integration von Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen in unsere Gesellschaft nicht nur als Bereicherung, sondern auch als Chance. Mit ihrer Arbeitskraft und ihrem unternehmerischen Elan tragen sie zum Wohlstand in unserem Land bei und schaffen neue Arbeitsplätze. Sie sind menschlich und kulturell eine Bereicherung. Wir setzen uns deshalb für ausländer- und aufenthaltsrechtliche Erleichterungen ein und zeigen damit, dass Menschen aus anderen Ländern bei uns willkommen sind.

Unsere Schulen spielen eine entscheidende Rolle bei der Integration junger Migranten und Aussiedler. Deshalb müssen Kinder und Jugendliche, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, mit all ihren Fähigkeiten und Kenntnissen gezielt gefördert werden. Dafür ist die Entwicklung demokratischer Werte entscheidende Voraussetzung.

Werte lassen sich jedoch nicht abstrakt vermitteln. Wir brauchen daher vielfältige Gelegenheiten zum Erleben, Erfahren und Reflektieren von demokratischen Werten, indem wir Kindern und Jugendlichen Vertrauen entgegenbringen und ihnen die Chance geben, Verantwortung zu übernehmen.

Ich bin davon überzeugt, dass die internationale Zusammenarbeit, der internationale Austausch von Kindern und Jugendlichen hier eine wichtige Rolle spielen kann. Wir müssen die Verbindungen, die über viele Jahre gewachsen sind, weiter ausbauen und in der ganzen Welt gemeinsam für die Werte eintreten, die uns allen wichtig sind: für Humanität, Toleranz, für Frieden, für Sicherheit und Demokratie.

Gerade Wissenschaftler, diejenigen, die in den Bildungseinrichtungen arbeiten, aber auch Studierende müssen sich besonders engagieren. Sie müssen ihre Kontakte in der ganzen Welt nutzen, um für diese grundlegenden Wert menschlichen Zusammenlebens zu werben. und hellhörig werden, wenn sie in Frage gestellt oder verletzt werden. Diese Dimension der internationalen Zusammenarbeit wird heute, wo wissenschaftliche und wirtschaftliche Zielsetzungen meist im Vordergrund stehen, leicht übersehen.

Wie wichtig die Vermittlung von demokratischen Werten, von Toleranz und Verantwortungsbewusstsein ist, erleben wir gerade jetzt. Zivilcourage, Humanität, die Achtung vor den Menschenrechten, Verständnis und Respekt anderer Kulturen. Gemeinsame Werte, die uns über alle Kultur- und Weltanschauungsgrenzen hinweg verbinden und erst ein friedliches Zusammenleben der Menschen möglich machen. Das müssen wir unseren Kindern und Jugendlichen vermitteln.

Eine gute Bildungspolitik ist Zukunftspolitik – schlechte Bildungspolitik hat nachhaltige und tiefgreifende Folgen. Wir brauchen Köpfe in der Politik, die sich dieser Verantwortung bewusst sind, sich ihr stellen und sich nicht hinter Populismus und Attitüden verstecken. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

#### 4. Einleitungsstatement von Ralph Grossmann,

Professor für Organisationsentwicklung am Interuniversitären Institut für Interdisziplinäre Forschung, Wien

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich persönlich über diese Veranstaltung und halte sie für sehr ermutigend. Ich habe es in der Politik immer für einen fatalen Fehler gehalten, zu glauben, dass man effizient medial verkaufte Politik ohne Inhalte machen kann. Ich habe durch die Aktivitäten des Netzwerks Innovation den Eindruck, dass unter dem neuen Führungsteam der SPÖ Inhalte wieder mehr Bedeutung gewinnen. Von daher danke ich persönlich, aber auch als Wissenschaftler, der hier als Vertreter eines betroffenen Systems angesprochen ist, für die Einladung zu dieser Veranstaltung.

Ich möchte zu Beginn einen politischen Grundgedanken formulieren. Mein Engagement, und ich darf sagen, ich verfolge es mit einer gewissen Leidenschaft, gilt der Frage: "Wie kann das Öffentliche – also die unverzichtbaren öffentlichen Güter, für die sich die SPÖ immer eingesetzt hat – in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Soziale Dienstleistungen, Kultur, Telekommunikation und Infrastruktur in den nächsten 10 bis 20 Jahren organisiert werden." Ich halte den Reformprozess des öffentlichen Sektors für ein zentrales, politisches Schlüsselprojekt.

Lassen sie es mich sowohl aus fachlicher Einschätzung als auch aus politischer Überzeugung formulieren. Ich glaube, nur wenn es gelingt, diesen Umbauprozess zu starten – und es wird ein radikaler Umbauprozess sein müssen – können die zukünftigen Herausforderungen gemeistert werden. Nur wenn der gelingt, öffentliche Dienstleistungseinrichtungen im Bildungsbereich zu selbständigen, beteiligungsorientierten und exzellent geführten Institutionen zu machen, die sich radikal an Leistung und Qualität orientieren, ihre KundInnen ernst nehmen, verantwortungsvoll mit öffentlichen Ressourcen umgehen und sich ihres öffentlichen Auftrags bewusst sind, aber trotzdem privatwirtschaftlich agieren – nur dann wird es diese Güter als öffentliche Güter in Zukunft überhaupt noch geben. Natürlich wird es – auch wenn wir uns in diesem Umbauprozess nicht besonders engagieren – weiterhin Schulen, Erwachsenenbildungseinrichtungen und Universitäten geben. Aber sie werden als öffentliches Dienstleistungssystem radikal erodieren. Davon bin ich überzeugt.

Ich möchte ihnen in aller Sympathie sagen: Ich erlebe die SPÖ in diesen organisationsstrukturellen Fragen, obwohl ich viele innovative Stichworte und Vorschläge in ihrem Bildungsprogramm und auch in den Hintergrundpapieren des Netzwerks Innovation finde, nach wie vor als sehr organisationskonservativ. Aus der historischen Entwicklung heraus ist das auch verständlich. Die Sozialdemokratie hat sehr lange Zeit dafür gekämpft, öffentliche Güter durch staatliche Maßnahmen zu sichern. Das ist sicher ein Grund, warum von Seiten der Sozialdemokratie an der bestehenden Staatlichkeit, so wie sie verfasst ist, auch festgehalten wird. Ich halte diese Einstellung aber für sehr riskant. Denn wenn Sie die Themen dieses Umbauprozesses nicht offensiv besetzen und nur als neoliberale privatisierungsgetriebene Geschichte betrachten, wird es nicht möglich sein, den öffentlichen Sektor in einer auch passenden Form zu reformieren.

Ich möchte in meinem Einleitungsstatement nur ein paar Aspekte anführen und mögliche institutionelle Reformlinien im Bereich der Verwaltung und der Ministerien skizzieren. Natürlich wird eine Stärkung der Autonomie von Schulen und Universitäten notwendig sein. Dazu gibt es überhaupt keine Alternative. Aber es gibt nicht nur ein bisschen Autonomie. Auch im Privaten gibt es nur Autonomie oder Bevormundung, Emanzipation oder Unterdrückung. Wenn man Autonomie will, dann muss man den Systemen und den



handelnden Personen auch Entscheidungskompetenzen und Ressourcen geben. Es ist nicht möglich, unter dem Deckmantel „Autonomie“ nur Arbeit nach unten zu delegieren und zu hoffen, dass die Leute mit Begeisterung die Autonomie aufnehmen. Die Stimmung in den Schulen und Universitäten ist im Moment diesbezüglich nicht besonders ermutigend und sie spiegelt dieses Problem wider. Aus diesem Grund muss auch von öffentlicher Seite in den Umbauprozess investiert werden. Man kann nicht erwarten, dass Organisationen zu lernenden Organisationen werden, ohne ihnen zugleich auch die dafür notwendigen Rahmenbedingungen und Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dieser Prozess ist vor allem für die politische Seite ein anspruchsvolles Vorhaben, da auf der einen Seite mehr Selbständigkeit und auf der anderen Seite mehr Steuerung verlangt wird.

Wenn es sich um öffentliche Dienstleistungen handelt, dann ist die politische Steuerung der öffentlichen Systeme zu erhöhen und nicht zu reduzieren. Ich würde das zwar nicht, wie in einem der Hintergrundpapiere, das mir ansonsten sehr gut gefällt, Zentralismus nennen, denn Zentralismus und Autonomie sind für mich kein Gegenpaar. Es bedeutet aber jedenfalls, dass sich politische Instanzen und verantwortliche Verwaltungsbehörden auf eine Verstärkung der Steuerungsarbeit einstellen, konkrete und intensive Ziele formulieren und damit auch die betroffenen Personen an den Schulen und Universitäten von Zielkonflikten entlasten. Es wird politisch gestritten werden müssen, für welche Ziele sich öffentliche Institutionen einzusetzen haben. Das wird nicht konfliktfrei sein, aber es ist die Aufgabe des politischen Systems.

Für diesen Prozess ist eine effizientere Verwaltung, die konkrete Steuerungsleistungen erbringt, notwendig. Weniger Verwaltung in den übergeordneten Overheadstrukturen, aber mehr Mittel für Begleitungs-, Förderungs- und Kontrollmaßnahmen. Es wird also eine verstärkte Qualitätssicherung gegenüber den dezentralen Organisationseinheiten gefordert sein. Als Organisationsentwickler weiß ich, dass sich Systeme nur als Ganzes entwickeln können. Von daher, wird es notwendig sein, den Umbau für die Betroffenen auch erlebbar und gestaltbar zu machen. Der Systemumbau kann nicht nur auf der Systemebene, bei den operativen Einheiten, stattfinden.

Also, wenn es gelänge, in einem Land exemplarisch vorzuführen, wie eine modern ausgestaltete, politische Steuerungsbeziehung zwischen Ministerium, Landesschulbehörde und den Schulstandorten ausschauen könnte, wäre dies ein großer Erfolg. Niemand weiß konkret, was das für die Akteure wirklich heißt. „Zielvereinbarungen“, das liest sich so einfach im „New Public Management“-Lehrbuch, aber was es wirklich heißt, politisch einen Leistungsauftrag auszuhandeln, ihn mit den notwendigen Ressourcen auszustatten und die entsprechenden Controlling- und Evaluationsmaßnahmen zu vereinbaren, ist noch nicht vorhersehbar. In welche neue Rolle die Betroffenen versetzt werden, weg von hoheitlichen Anforderungen hin zu eher kontraktororientierten Formen, gilt es zu erfahren. Und dazu brauchen die Leute an den Universitäten und Schulen auch die notwendigen Ressourcen.

Wahrscheinlich ist es zur Zeit schwierig, von der meiner Meinung nach falschen Polarisierung „Staat – Privat“ bzw. „Staat – Markt“ wegzukommen. Aber das ist ein überholtes Thema, denn entscheidend in diesem Zusammenhang ist der öffentliche Gewährleistungsauftrag. Ob die Ausführung privatwirtschaftlich oder im engeren Sinne staatlich ist, ist eigentlich nicht entscheidend. Da müssen auch Berührungspunkte abgebaut werden, denn sonst kann man wirklich flott nach dem Siebzigerjahre-Spruch sagen: „Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt in ihr um.“ Wenn der Markt also immer als etwas böses gesehen wird, dann findet er statt!

Es wird aber auch die Frage zu stellen sein, welche Art von Beratung für die Reform des Öffentlichen notwendig ist. Darüber werden sicher auch noch einige politische Diskurse zu führen sein. Interessant ist, dass in den Unternehmungen viel Geld für Rationalisierungsgutachten ausgegeben wird, aber für die kleinsten Personalentwicklungspläne an Schulen oder Universitäten kein Geld da ist. Da geht es mir

nicht um eine polemische Diskussion unter Beratungsansätzen, sondern um die Frage, was für die Entwicklung des öffentlichen Bildungssystems die angemessene, fachliche Unterstützung ist.

Dazu noch einen letzten Gesichtspunkt: Natürlich lernen Menschen und soziale Systeme am meisten in Veränderungsprozessen. Man lernt leider am meisten in radikalen Veränderungsprozessen. Aber gleichzeitig lernt man dabei auch, wie die Zukunft ausschauen wird. Die politische Kultur, die sozialen und kulturellen Grundhaltungen, die das Bildungssystem in der nächsten Zeit prägen werden, werden sehr wesentlich von den Erfahrungen der Beteiligten abhängig sein.

Moderatorin:

Sie plädieren für eine moderne Steuerungsbeziehung auf der organisatorischen Ebene zwischen Politik einerseits und den Bildungseinrichtungen andererseits. Wenn man sich die inhaltliche Ebene der Diskussion in Österreich genauer anschaut, dann wird Bildungspolitik sehr polarisiert diskutiert, Stichwort „Gesamtschule ja oder nein“, seit Jahrzehnten ein Dauerbrenner. Dahinter stehen aber auch die Gegebenheiten u.a. die Notwendigkeit einer 2/3 Mehrheit im Parlament, um bildungspolitische Weichenstellungen vorzunehmen. Wie beurteilen sie diese organisatorischen Voraussetzungen auf der politischen Ebene?

Ralph Grossmann:

Ich bin kein Politikwissenschaftler, sondern Organisationswissenschaftler, aber ich glaube, dass die politischen Kräfte in ihren alten Positionen eingegraben sind. Die Auseinandersetzungen haben zwar für die Identität der jeweiligen Partei große Bedeutung und sind als solche auch wertzuschätzen, aber bei der ideologischen Auseinandersetzung „Gesamtschule ja oder nein“ wird so viel Energie verschossen, die an der Aktualität der Entwicklung, nämlich der organisatorischen Flexibilisierung des Bildungssystems, vorbeigeht. Die Auseinandersetzung bindet politische Energie, die für die Entwicklung alternativer Organisationsmodellen und für die inhaltlich zu führende Debatte verloren geht. Ich bin daher auch nicht sicher, ob diese Schutzklausel der 2/3 Mehrheit, die ihre historisch-politische Wurzel und Berechtigung letztlich in der 1. Republik hat, heute für die Entwicklung im Bildungssystem nicht innovationshemmend ist.

Eine ähnliche Diskussion haben wir beim Dienstrecht. Ich sage das sehr leicht, da ich pragmatisierter Universitätsprofessor bin, aber meine erste wissenschaftliche Arbeit in den 70er Jahre war eine historisch-politische Analyse über das Lehrerdienstrecht. Mir sind damals die Augen übergegangen beim Studieren der historischen Dokumente, aus denen ganz klar zu entnehmen war, dass die Pragmatisierung natürlich nie als Schutz der Staatsdiener gegenüber politischen Einflüssen gedacht war, sondern im Gegenteil als ein Sozialisations- und Kontrollinstrument verstanden wurde. Die Loyalitäts- und Disziplinanforderungen waren immer stärker als der Schutzaspekt. Schutz hemmt in Systemen das professionelle Selbstbewusstsein, die hohe Qualifikation und die Fähigkeit, nicht nur auf einem Arbeitsmarkt zu bestehen. Das geltende Dienstrecht behindert diese Entwicklung. Ich würde jeder zukünftigen Regierung empfehlen, die Pragmatisierung mit einem Federstrich abzuschaffen.

## 5. Einleitungsstatement von Herbert Unterköfler,

Geschäftsführer H. Neumann Management Consulting, Wien

Ich bedanke mich für die Einladung zu diesem Kongress und möchte in meinem Statement den Focus auf die Frage legen, was denn die Anforderungen seitens der Wirtschaft an ein zukunftsfähiges Bildungssystem sind. Vorausschicken möchte ich, dass ich natürlich nicht für die Wirtschaft als Gesamtes spreche. Ich denke, dass das niemand kann. Die Wirtschaft ist sehr bunt, sehr vielfältig, hat sehr unterschiedliche Anforderungen. Ich komme aus einem Unternehmen, in dem im Jahr europaweit in 17 Ländern ca. 5.000 Auswahlverfahren für Positionsbesetzungen durchgeführt werden. Ich komme sozusagen aus der „Welt der Anforderungsprofile“. Und wenn man diese Anforderungsprofile zusammenfasst, dann kann man einige Schlussfolgerungen ziehen, was eigentlich von einem Bildungssystem erwartet wird.

Vorweg möchte ich gerne ein ganz anderes Thema kurz ansprechen, nämlich eine eher tragisch-komische Episode aus der Musikgeschichte – die Kammertonkonferenz von 1939. Die Musiker, die hier im Raum sind, werden das bestätigen, dass der Kammerton auf 440 Herz gestimmt ist. Das war nicht immer so. In manchen Ländern waren es 435 Herz, in anderen 442, im europäischen Rußland 445. Zur Vereinheitlichung hat es lange Diskussionen und Vorbereitungen gegeben, zahlreiche Publikationen und Fachvorträge. 1939 hat eine sogenannte Kammertonkonferenz stattgefunden, bei der man sich dann auf die Vereinheitlichung (nämlich die Frequenz 440) geeinigt hat. Sie müssen sich vorstellen, das ist zu einem Zeitpunkt passiert, wo der Ausbruch des Krieges unmittelbar bevorstand, wo dramatische politische, ökonomische und kulturelle Umbrüche stattgefunden haben. Aber manche Experten hatten auch zu der Zeit nichts nichts anderes im Kopf, als mit vollem Eifer die Kammertonkonferenz abzuschließen. Das ist ein Beispiel dafür, wie man Gutes und Richtiges eigentlich zu Unzeit machen kann – im Nachhinein gesehen. Mit diesem Beispiel möchte ich darauf hinweisen, dass es zunächst einmal darauf ankommt, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden.

Meine Ausführungen zum Thema Bildungssystem bewegen sich auf folgenden drei Ebenen: Das erste Thema ist der organisatorische-institutionelle Rahmen, in denen Bildung heute stattfindet. Das zweite Thema sind die Bildungsinhalte. Und das dritte Thema ist das Bild von Wirtschaft, das in vielen Bildungsinstitutionen tradiert und weitergegeben wird.

Zum ersten Punkt, dem institutionell-organisatorischen Rahmen:

Als Managementberater könnte ich in diesem Zusammenhang lange über Effizienz bzw. Nichteffizienz der Aufbau- und Ablauforganisationen in den Bildungsinstitutionen diskutieren, insbesondere wenn es um die Universitäten geht. Ich möchte das Thema jedoch heute bewusst aussparen und nur betonen, dass da sehr viel Handlungsbedarf besteht. Heute möchte ich aber die Frage des lebensbegleitenden Lernens ansprechen. Es ist unbestritten, dass lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen notwendig ist, notwendiger werden wird als je zuvor – auch aus der Sicht der Ökonomie. Wenn man sich aber die Bildungsinstitutionen und die Bundesverwaltung im Bildungsbereich in Österreich ansieht, dann muss man feststellen, dass zwar der Pflichtschulbereich und der Wissenschaftsbereich eine organisatorische Entsprechung haben, nicht aber der Bereich des lebensbegleitenden Lernens, der Erwachsenenbildung, der Weiterbildung. Dementsprechend fragmentiert sind die Bildungsangebote von Privatanbietern und öffentliche Institutionen.

Ich darf Ihnen ein Beispiel dafür geben, zu welchen Folgen dieses Defizit führt. Wir haben versucht auszurechnen, wieviel Wertschöpfung aus Österreich abfließt, weil die österreichischen Universitäten und auch die sonstigen Bildungseinrichtungen beim Angebot für postgraduate studies im internationalen Vergleich stark im Hintertreffen sind. Es sind jährlich etwa 600 bis 700 Millionen Schilling, die von Österreichern im Ausland in postuniversitäre Ausbildungen investiert werden. In St. Gallen kann man beispielsweise einen „Master of European Law“ erwerben, obwohl es dort gar keine juristische Fakultät gibt.

Dort arbeiten hauptsächlich österreichische Professoren. In Österreich gibt es Ideen dazu, aber noch nicht mehr. Ich möchte damit sagen, dass der Bildungsstandort Österreich, jetzt einmal bezogen auf die Spitzenausbildung, noch lange nicht dort ist, wo er sein könnte. Wir haben die Ressourcen, wir haben die Kapazitäten, wir haben die Infrastrukturen, wir haben auch das Marktpotential. Da ist Initiative gefragt und auch ein organisatorischer Rahmen, wo solche Initiativen fruchtbar sein können. Wir sprechen zwar immer von einer lernenden Gesellschaft, die setzt aber eine lehrende Gesellschaft mit entsprechenden Rahmenbedingungen voraus.

Zum zweiten Punkt, den Bildungsinhalten:

Bezogen auf die Fragestellung, was die Wirtschaft braucht, so sind es insbesondere zwei Eigenschaften bzw. Kompetenzen, die gefragt sind. Erstens ist das der Bereich der Kommunikations- und Artikulationsfähigkeiten. Hier handelt es sich um eine Schlüsselqualifikation, die nicht nur in der Wirtschaft, sondern insgesamt in einer Demokratie eine sehr hohe Bedeutung haben.

Der zweite Bereich der in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen wird, ist der Bereich der Kooperationsfähigkeit, die Fähigkeit Teamarbeit. Ebenfalls eine Schlüsselqualifikation, die in unserem Schulsystem, das sehr stark einzelleistungsbezogen ist, nicht in dem Maße ausgebildet wird, wie es notwendig ist. Sie brauchen sich nur die Seminare und die firmeninternen Ausbildungsprogramme ansehen. Da muss dann gelernt werden, wie man Einzelleistung in Teams oder Gruppen einbringt. Ich denke, dass die gesamte Schulorganisation diese Anforderungen viel stärker berücksichtigen müssen.

Das dritte Thema ist das Bild von der Wirtschaft, das in den Bildungsinstitutionen vorherrscht. Ich habe immer wieder den Eindruck, dass manche dieser Bilder verzerrt sind, ich habe auch manchmal den Eindruck, dass sie diskriminierend sind. Das mag daran liegen, dass die Systemträger doch in einer Welt leben, die sich im Selbstverständnis tendenziell als Gegenwelt zur Wirtschaft definiert. Angesprochen wurde heute schon das Dienstrecht und die überbordende Bürokratie. Es ist sehr schwierig, aus so einem System heraus junge oder auch ältere Menschen zu Flexibilität zu motivieren. Es ist wahrscheinlich auch sehr schwierig, Leistungsbereitschaft zu signalisieren und dazu zu ermuntern, wenn man selbst in einem System lebt, das sehr tolerant gegenüber verhaltener Leistungsbereitschaft im eigenen Kollegenkreis reagiert. Es ist wahrscheinlich auch sehr schwierig, Konzepte wie die des lebensgestaltenden Lernens zu vermitteln, wenn man insgesamt eine eher defensive Grundhaltung gegenüber Änderungen und Neuerungen vor sich her trägt. Da sind noch viel Überzeugungsarbeit und auch strukturelle Veränderungen in diesem System notwendig.

Moderatorin:

Eine Frage zu ihrer These, dass lebenslanges Lernen derzeit im Wildwuchs einzelner Ausbildungseinrichtungen passiert und es keine institutionelle organisatorische Verankerung gibt. Wie könnte so eine Verankerung konkret ausschauen?

Meine zweite Frage zielt auf den Punkt ab, den sie am Schluss ins Treffen geführt haben, nämlich dass es in den Ausbildungseinrichtungen so etwas wie eine Gegenwelt gibt, die die Wirtschaft als Feindbild sieht. Ich möchte gerne den Spieß einmal umdrehen: Ist die Wirtschaft ihrerseits bereit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Weiterbildung zukommen zu lassen. So wehrt sich doch beispielsweise die Wirtschaft beharrlich dagegen, Englisch als Fremdsprache in den Berufsschulen zuzulassen. Oder, um ein weiteres Beispiel zu geben: Die Wirtschaft tut sich nicht gerade hervor in der Schaffung einer garantierten Bildungskarenz. Gibt es nicht auch auf Seiten der Wirtschaft so etwas wie ein Feindbild bezogen auf eine mitarbeiterorientierte Aus- und Weiterbildung?

Herbert Unterköfler:

Ich habe ja einleitend schon gesagt, dass ich nicht für die gesamte Wirtschaft sprechen kann. Und auch die Wirtschaftskammer kann das wahrscheinlich nicht. Ich kann ihnen nur sagen, dass moderne Firmen – und wir arbeiten hauptsächlich mit modernen Firmen, die mit

neuen Märkten umgehen lernen – sehr viel Geld für Aus- und Weiterbildung ausgeben. Das sind, denke ich, auch die Koalitionspartner für dieses Thema.

Und zur Frage der institutionellen Verankerung der Weiterbildung: Ich habe mich hier vor allem auf den postuniversitären Bereich bezogen. Ich würde in diesem Zusammenhang auch nicht von einem Wildwuchs sprechen. Es handelt sich um viele positive Initiativen. Was fehlt ist ein Rahmen, eine engere Vernetzung, eine bessere Zusammenarbeit, eine Unterstützung neuer Ideen. Wir haben auf der einen Seite gut qualifiziertes Personal an den Universitäten; Personal, das sich im Lehrbereich sehr gut etabliert hat. Wir haben auf der anderen Seite einen Markt, ein Lernbedürfnis. Hier müssen Brücken geschlagen werden und dieser Prozess muss organisatorisch unterstützt werden.

## 6. Schriftliches Statement von Karl Michael Millauer,

Mitglied des Vorstands der BWT-AG, Mondsee

Die derzeitigen Bildungssysteme müssen aus Sicht der Wirtschaft weiter verbessert werden. Mit den Fachhochschulen und dem Ausbau des berufsbildenden Schulwesens sind sehr wichtige Schritte in die richtige Richtung gesetzt worden. Doch sollten folgende Verbesserungen aus meiner Sicht sowohl in der Ausbildung als auch in begleitenden Maßnahmen durchgeführt werden:

1) Neben Deutsch sollte Englisch die zweite Sprache jedes Österreicherers sein. Die Ausbildung soll so früh als möglich und darüber hinaus im zweiten Bildungsweg und berufsbegleitend ermöglicht werden. Englisch wird nicht nur die erste offizielle Amtssprache in der EU werden (nach dem EURO kommt ENGLISCH), sondern in der zunehmenden Internationalisierung und Globalisierung ein unbedingtes Muss für jeden Arbeitnehmer. Es ist extrem schwierig und mit viel hohem Aufwand verbunden, wenn ein Unternehmen internationalisiert und im Unternehmen nur einige wenige Englisch sprechen. Ich sehe es täglich bei der Arbeit, wie einfache Monteure, Serviceleute, BuchhalterInnen, Auftragsabwickler etc. mit Englisch immer mehr konfrontiert werden. Viele Synergieeffekte können nie genutzt werden, viele Zusammenarbeitsbemühungen scheitern an dieser Sprachhürde.

2) Förderung der sozialen Intelligenz vor allem bei angehenden Führungskadern. Es ist oft erschreckend, wie wenig teamfähig Absolventen von diversen Universitäten, Fachhochschulen sind. Sie sind nicht imstande ihre Mitarbeiter zu begeistern, sich in ein Team einzufügen. Viele Karrieren, aber auch Unternehmen scheitern, weil solche Arbeitnehmer an wichtige Positionen im Unternehmen gelangen. Der Förderung der sozialen Intelligenz muss die gleiche Bedeutung, ja wenn nicht sogar mehr als dem Fachwissen oder Spezialwissen, beigemessen werden.

3) Förderung der Kreativität. Auch das wird in den bestehenden Bildungssystemen vernachlässigt. Viel Fachwissen ist erlernbar und rasch redundant. Kreativität ist immer gefragt und zwar besonders in der Wirtschaft. Gerade die österreichische Wirtschaft braucht Innovationen auf allen Gebieten um wettbewerbsfähig bleiben zu können. Die Billiglohnländer werden „me-too“ Produkte immer günstiger herstellen, aber innovative neue Lösungen, Technologie, Produkte werden uns immer einen Vorsprung verschaffen. Nicht Nachbeten und Pauken ist gefragt sondern neue Ansätze, neue Ideen.

4) Die Wichtigkeit des lebenslangen Lernens kann nicht oft genug hervorgehoben werden. Durch die rasche technologische als auch gesellschaftliche Entwicklung wird in viel früheren Intervallen erlerntes Wissen und Können obsolet. Um am Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, ist Weiterbildung extrem wichtig. Auch für die Wirtschaft sind permanent lernbereite Mitarbeiter von unschätzbarem Wert. Deren Einstellung ist flexibel, sie gehen mit der Zeit, bringen rasch Neuerungen in das Unternehmen, und dadurch werden Produktivitätsfortschritte wesentlich rascher erzielt. Diese Weiterbildung wird von Unternehmen viel zu wenig betrieben und gefördert. Wie die Forschungsquote sollte man bei Unternehmen auch eine Weiterbildungsquote führen und publizieren. Diese gibt an, wie viel ein Unternehmen in seine Mitarbeiter investiert, um dadurch besser und wettbewerbsfähiger zu werden. Vielleicht sollte ein Investitionsfreibetrag für immaterielle Investitionen in den Ausbildungsstand der Mitarbeiter eingeführt werden. Damit wäre ein größerer Anreiz für die Wirtschaft gegeben.

Letztendlich kommt es natürlich immer auf den Einzelnen an, was er aus den angebotenen Bildungsmöglichkeiten nutzen möchte, wie intensiv er es betreiben möchte und ob er etwas im Leben erreichen möchte. Oft hat er jedoch nicht das gesellschaftliche Umfeld, um zu

erkennen wie wichtig diese Ausbildung ist, oft auch nicht die finanziellen Möglichkeiten. Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik muss es daher sein, dass niemand aus finanziellen Gründen nicht die Ausbildung machen kann, die er sich wünscht oder die er braucht, um einen Arbeitsplatz zu bekommen oder zu erhalten oder sein persönliches Einkommen durch höhere Qualifikation zu erhöhen.

Für die Wirtschaft ist es wichtig, international denkende, sozial intelligente, flexible, lebenslang lernwillige und kreative Mitarbeiter zu bekommen.

Lasst uns darauf hinarbeiten, dann haben wir eine wunderschöne win-win Situation für alle Beteiligten.

## 7. 10-Punkte-Bildungsprogramm

Von der Aufwertung des Vorschulunterrichts über die Reform der Oberstufen bis zum kostenlosen Uni-Besuch und massiver Förderung von Weiterbildung: Mit zehn konkreten Vorschlägen, die SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer beim SPÖ-Bildungskonvent präsentiert hat, reagiert die SPÖ auf aktuelle und künftige bildungspolitischen Herausforderungen.

### 1.) Verbesserter Vorschulunterricht

Kinderbetreuungseinrichtungen dürfen keine Aufbewahrungsstätte sein, sondern man muss sie als Teil des Bildungsangebotes verstehen. Bildung muss auf die früheren Lebensjahre ausgedehnt werden, natürlich in Verbindung von Spiel- und Lernmöglichkeiten. Ein erster Schritt dazu wäre ein verbesserter Vorschulunterricht zur Stärkung der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit, der sozialen- und Konfliktlösungskompetenzen und zur Förderung der kreativen und musischen Kompetenzen.

### 2.) Fremdsprache ab der ersten Klasse Volksschule

Ab der ersten Klasse Volksschule sollte verbindlicher zweisprachiger Unterricht eingeführt werden als eine erste Stufe der Internationalisierung unserer Schulen. Die gesamte moderne Hirnforschung legt nahe, dass jedes Jahr nach dem vierten Lebensjahr, in dem ein Kind nicht eine Fremdsprache erlernt, ein verlorenes Jahr ist, weil damit nicht nur eine Sprache erlernt wird, sondern es generell zur Vervielfältigung der Fähigkeiten und Aneignungsmöglichkeiten von Kindern kommt.

### 3.) Flexibles Modulsystem für die Oberstufe

Die relativ starre Gliederung im Bereich der Oberstufen, die Trennung zwischen Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Höheren Schulen sollte aufgelöst werden - vor allem vor dem Hintergrund, dass in den ländlichen Bereichen sogenannte Bildungsregionen geschaffen werden sollten, innerhalb derer es möglich ist, unterschiedliche Module von Oberstufenausbildung für jeden zu garantieren. Zwar hat jeder Schüler/jede Schülerin eine Stammschule, kann aber an unterschiedlichen Schulen unterschiedliche Qualifikationen erwerben. Das führt zu einer weit besseren Auslastung des schulischen Angebotes und zu einer Verbreiterung der Qualifikationsmöglichkeiten in der Oberstufe.

### 4.) Mehr Fachhochschulplätze

Im Bereich der beruflichen Bildung, wo der größte Mangel besteht, ist eine zusätzliche Initiative zum Ausbau der Ausbildungsplätze notwendig. Es ist bekannt, dass in manchen Fachhochschulen nur ein Zehntel aller Bewerber einen Platz bekommt, dass allgemein in den Fachhochschulen in Österreich nur ein Viertel tatsächlich aufgenommen werden kann - deshalb sind in Österreich mehr Ausbildungsplätze an den Fachhochschulen erforderlich. Dieser Typus einer berufsorientierten tertiären Ausbildung als Ergänzung zu den bisherigen Ausbildungsmöglichkeiten muss absolut gestärkt werden.

### 5.) Neue Ausbildungsmöglichkeiten für Lehrlinge

Gusenbauers fünfter Vorschlag bezieht sich auf die Frage der Lehrlinge. Die duale Ausbildung bleibt die Grundlage, aber es muss auch über die Entwicklung alternativer Formen zur dualen Ausbildung nachgedacht werden. Es gibt hier Vorschläge in Richtung Berufsfachschulen mit starker Praxisorientierung - anstelle auch des bisherigen Polytechnikums. Von den rund 300.000 Menschen in Österreich, die in angelernten Berufen tätig sind, hat ungefähr die Hälfte eine abgeschlossene berufliche Ausbildung. Das heißt,



dass rund 150.000 etwas gelernt haben, einen Lehrberuf, den sie danach nicht ausüben oder nicht ausüben können. Hier tut sich eine enorme Bildungssackgasse auf, wo es ganz offensichtlich zu einer Fehlallokation von Bildungsressourcen kommt. Ein großer Teil der jungen Menschen in Österreich entscheidet sich für eine solche berufliche Ausbildung, wir müssen daher über zukunftsorientierte Ausbildungsmöglichkeiten nachdenken.

#### 6.) Bildungsabschlüsse gratis nachholen

Gusenbauers sechster Vorschlag bezieht sich auf das gebührenfreie Nachholen von Bildungsabschlüssen. Besonders viele Menschen, die in Österreich heutzutage arbeitslos werden, haben keine abgeschlossene schulische Ausbildung. Es fehlt oft der Hauptschulabschluss, es fehlen Fachschulabschlüsse, es fehlen Berufsreifeprüfungen. Wenn die Menschen nicht nur einmal, sondern mehrfach im Leben eine Chance bekommen sollen, dann muss diese Chance auch durch das gebührenfreie Nachholen von Bildungsabschlüssen ermöglicht werden.

#### 7.) Abschaffung der Studiengebühren

Das gesamte primäre Bildungssystem soll in Österreich kostenlos absolviert werden können. Daher fordert Gusenbauer die Abschaffung der Studiengebühren.

#### 8.) Mitbestimmung an den Unis erhalten

Die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden und des Mittelbaus an den Hochschulen müssen erhalten werden. Die Pläne der Regierung, zur Ordinarienuniversität der 60er-Jahre zurückzukehren, werden abgelehnt. Auch im Schulbereich sollten die Mitbestimmungsrechte weiter ausgebaut werden.

#### 9.) Das Bildungsprämienmodell

Das Bildungsprämienmodell ist eine innovative Maßnahme, die dazu führen soll, dass die enorme Lücke geschlossen wird, die es im Weiterbildungsbereich in Österreich gibt. Und zwar nicht durch ein zentralisiertes System der Weiterbildung, sondern durch verbesserte Chance für jeden Einzelnen, zu dieser Weiterbildung zu kommen.

Der Vorschlag besteht darin, dass jeder die Möglichkeit haben soll, 2 Prozent seines Bruttolohnes auf ein Bildungskonto bei einer Bank einzuzahlen und dass es die staatliche Garantie gibt, dass eine Gesamtsumme von 5.000 Euro nach fünf Jahren zur Verfügung steht. Da sich aber wohl niemand fünf Jahre davor entschließt, eine Weiterbildungsmaßnahme zu ergreifen, ist die Gesamtsumme dieser 5.000 Euro ab dem Vertragsabschluss für jeden Einzelnen abrufbar, um ein Kursangebot, eine universitäre oder eine andere Form von Weiterbildung beginnen zu können - auf der Grundlage, dass sich ein Weiterbildungsmarkt in Österreich etablieren kann, weil natürlich entsprechende Qualität der Angebote garantiert sein muss, damit auch diese relativ große Investition gerechtfertigt ist.

Zweitens soll es möglich sein, im Anschluss an diese Bildungsprämie einen Bildungskredit zu bekommen, der ein Gesamtausmaß von 30.000 Euro umfassen wird. Das heißt, auch ein Universitätsstudium an einer internationalen Universität ist auf Basis eines solchen Kredites finanzierbar. Dieser Bildungskredit wird dadurch gefördert, dass die Rückzahlungsraten für diesen Bildungskredit steuerlich absetzbar sein sollen, ein Drittel dieses Bildungskredits also de facto von der Gesellschaft gefördert wird.

Drittens soll es einen Bildungsbonus für Unternehmungen geben, weil ein Großteil der Weiterbildung in den Unternehmungen stattfindet, freilich mit einer enormen Konzentration auf große und industrielle Unternehmungen, weil das bisherige System sehr stark Unternehmungen mit einer starken ökonomischen Ertragskraft bevorzugt, da es sich um eine

steuerermindernde Maßnahme handelt. Es soll aber auch der gesamte Bereich der Klein- und Mittelbetriebe einbezogen werden in die Weiterbildungsmaßnahmen, deshalb wird statt des Steuerabschreibungsmodells eine Bildungsbonus für alle Unternehmungen vorgeschlagen. Dieser Bonus beträgt 15 Prozent der in die Weiterbildung investierten Mittel für Mitarbeiter bis zu einem Alter von 45 Jahren. Für alle Arbeitnehmer, die über 45 Jahre sind, soll dieser Bonus 30 Prozent ausmachen, weil gerade im Bereich der älteren Arbeitnehmer eine zusätzliche Anstrengung erforderlich ist, damit die Menschen nicht frühzeitig vom Arbeitsmarkt gedrängt werden.

Diese drei Maßnahmen in Summe könnten eine Weiterbildungsinvestition in Österreich von bis zu 25 Milliarden Schilling auslösen, wobei der staatliche Finanzierungsanteil in etwa 8 Milliarden Schilling beträgt. Bewusst kombiniert dieses Modell die Eigenverantwortung jedes Einzelnen mit der solidarischen Verantwortung der Gesellschaft. Es geht von jenem Grundprinzip, das die soziale Marktwirtschaft so erfolgreich gemacht hat, aus, nämlich auf der einen Seite Wettbewerb, auf der anderen Seite Kooperation zu haben zu haben.

#### 10.) Bildungskarenz flexibler ermöglichen

Es müssen natürlich auch die erforderlichen Bildungskarenzen zur Verfügung gestellt werden, damit die Menschen auch die Möglichkeit haben, diese Weiterbildungsformen zu konsumieren und zu absolvieren, wobei diese Bildungskarenzen bedeutend flexibler gehandhabt werden sollten, unter anderem, weil viele dieser Ausbildungsformen auch während weiterer beruflicher Tätigkeit absolviert werden können.

## 8. Das Modell „Bildungsprämie“

Bildungspolitik wird in der politischen Debatte oft allzu leicht auf Schul- und Hochschulpolitik reduziert, lässt aber zumeist den wichtigen Bereich der Weiterbildung außer Acht. Dies, obwohl der Bereich der Weiterbildung gerade angesichts sich beschleunigender ökonomischer und technologischer Veränderungen massiv an Bedeutung gewinnen wird. Leider wird von der Regierung in keinsten Weise auf bildungspolitische Schwachstellen Österreichs in diesem Sektor, auf die auch schon die OECD, bemerkenswerterweise aber auch der Rechnungshof hingewiesen hat, mit entsprechenden Ansätzen eingegangen. Die OECD ortete zuletzt in ihrem Länderbericht zu Österreich einen zusätzlichen Finanzbedarf von 15 Mrd. ÖS im Sektor Weiterbildung. Die Regierung hat hier bislang noch keine konkreten Initiativen gesetzt.

Die Sozialdemokratie legt hier nun eine bildungspolitische Alternative vor – das SPÖ-Modell „**Bildungsprämie**“.

Mit diesem Modell wird:

- das Prinzip Lebenslanges Lernen ermöglicht und eine sozial verträgliche Finanzierung gewährleistet
- eine sinnvolle Kombination aus Eigenverantwortung und Solidargemeinschaft, aus Markt und Gesellschaft erreicht
- auch die Wirtschaft, vor allem KMUs, mittels eines „**Bildungsinvestitionsbonus**“ in Sachen Qualifizierungsanstrengungen positiv stimuliert
- das Bildungssystem insgesamt flexibler, gerechter sowie leistungs- und wettbewerbsfähiger gestaltet.

Um ein persönliches Bildungsinvestment mit öffentlichen Anteilen zu kombinieren, wird das Modell „**Bildungsprämie**“ implementiert. Die Erstausbildung bis hin zum akademischen Abschluss soll nach Vorstellungen der Sozialdemokratie jedenfalls gebührenfrei sein. Zum Zwecke der Weiterentwicklung persönlicher Qualifikationen, die aus dem Bildungs-Angebotsmarkt frei auszuwählen sind (von der Volkshochschule bis zur „Elite-Universität“), werden diese Weiterbildungsanstrengungen des einzelnen Arbeitnehmers durch eine staatliche Prämien-Förderung, die „**Bildungsprämie**“, bzw. einen begünstigten „**Bildungskredit**“ unterstützt.

In der Praxis würde dies so ablaufen, dass der betreffende Arbeitnehmer ein personalisiertes Bildungskonto bei einer Bank eröffnet. Dabei verpflichtet er sich, über 5 Jahre hinweg mindesten 2% des Brutto-Jahreseinkommen einzuzahlen. Die Republik Österreich verpflichtet sich, die Differenz auf Jährlich € 1.000 dazuzuzahlen. Diese staatlichen Prämien werden bis zur Höchstbeitragsgrundlage (ÖS 44.400) geleistet und bringen eine Förderung, die – je nach Einkommen – zwischen 95 und 10% der persönlichen Ansparsumme liegt. Der Kontoinhaber kann sofort ab Vertragsabschluß auf die vereinbarte Vertragssumme - € 5.000 – zugreifen und für seine persönlichen Weiterbildungspläne in Anspruch nehmen.

Für Arbeitnehmer, die einen höheren Beitrag in ihre Weiterbildung investieren wollen, steht darüberhinaus der „**Bildungskredit**“ zur Verfügung. Insbesondere wird er für jene Arbeitnehmer von Interesse sein, deren Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage liegt. Die Höhe des Bildungskredits ist mit € 30.000 begrenzt und flexibel gestaltbar. Der Kredit muß in 10 Jahren zurückbezahlt werden, wobei die Rückzahlungsraten als Werbekosten steuerlich absetzbar sein sollen (setzt eine Änderung im Einkommenssteuerrecht voraus).

Vom Modell „**Bildungsprämie**“ profitieren in erster Linie einkommensschwächere bzw. bildungsferne Schichten. Qualifikationen werden damit breiter gestreut, durch verstärkte

Nachfrage wird auch das Bildungsangebot verbreitert. Notwendigerweise werden hier Instrumente der Qualitätssicherung zum Einsatz kommen müssen. Über das Modell des „**Bildungskredits**“ sind aber auch Bezieher mittlerer und höherer Einkommen sinnvoll eingebunden.

Über den „**Bildungsinvestitionsbonus**“ werden auch Aktivitäten der Wirtschaft zur Hebung des Qualifikationsniveaus der Beschäftigten entsprechend gefördert. Im Gegensatz zum gegenwärtigen Bildungsfreibetrag wirkt der „Bildungsinvestitionsbonus“ auch auf KMUs. Für Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Mitarbeiter sollen Unternehmen einen Zuschuss von 15% als „Bildungsinvestitionsbonus“ erhalten. Für Investitionen in die Weiterbildung von Mitarbeitern über 45 Jahre erhöht sich der „Bildungsinvestitionsbonus“ auf 30%.

Für dieses Gesamtkonzept einer Offensive im Bereich der Weiterbildung ergibt sich ein Finanzbedarf von € 600 Mio. (ÖS 8,3 Mrd.) – Bildungssparen € 450 Mio.; Bildungsinvestitionsbonus € 150 Mio. Mit diesen € 600 Mio. werden Weiterbildungsausgaben in der Höhe von € 1,9 Mrd (26,1 Mrd. ÖS). ausgelöst. Bei wachsender Inanspruchnahme dieses Instrumentariums könnte sich ein jährlicher Finanzbedarf von € 1 Mrd (13,7 Mrd. ÖS). ergeben, mit dem jeweils Bildungsinvestitionen von €3,3 Mrd (45,4 Mrd. ÖS) ausgelöst werden. Finanziert werden soll und kann dieses Gesamtpaket aus den Überschüssen der Arbeitslosenversicherung, die nicht mehr zweckentfremdet dem Budget zugeführt werden sollen, sondern in diese bildungs- und arbeitsmarktpolitisch relevante Richtung investiert werden sollen.

## 9. Das Modell „Bildungskarenz“

Berufliche Qualifizierung und Weiterbildung der ArbeitnehmerInnen sind Schlüsselfragen für die Qualität und die Zukunft sowohl des Wirtschaftsstandortes Österreich, wie auch der persönlichen Existenzsicherung und Karriere von ArbeitnehmerInnen. Die österreichische Bundesregierung spart bei der Bildung, sie spart bei der ArbeitnehmerInnenförderung und stellt damit die Weichen in eine völlig falsche Richtung. Die SPÖ sagt daher, dass berufliche Qualifizierung und Weiterbildung DEUTLICH stärker als bisher gefördert und flexibler ermöglicht werden müssen.

- Eines der Hauptprobleme für Berufstätige, die sich beruflich weiterbilden wollen, ist neben der zusätzlichen FINANZIELLEN Belastung durch Weiterbildungskurse, -lehr- und -studiengänge vor allem die oft enorme zusätzliche ZEITLICHE Belastung. Wer sich beruflich neuorientieren will, wer sich beruflich weiterbilden will, braucht neben Geld dafür vor allem auch ZEIT. Die SPÖ hat daher das MODELL „FLEXIBLE BILDUNGSKARENZ“ entwickelt, das dem Arbeitnehmer/der Arbeitnehmerin die Möglichkeit geben soll, nach seinen/ihren individuellen Bedürfnissen, Zeit im Umfang von bis zu 1.800 Arbeitsstunden (das entspricht in Summe einem vollen Arbeitsjahr) in einem Zeitraum von bis zu vier Jahren, nach freier Einteilung für Zwecke der Weiterbildung in Anspruch nehmen zu können.
- Die SPÖ entwickelt das bisherige Modell „Bildungskarenz“ weiter, das nur eine vollständige Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses auf eine Dauer von 3 bis 12 Monaten vorsah, aber keine Möglichkeit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Das bisherige Modell der Bildungskarenz entspricht damit nicht mehr der Realität der Berufsweiterbildung, die häufig in Abendkursen und auch häufig über einen längeren Zeitraum als ein Jahr besteht (das Nachholen einer Vollmatura oder ein Fachhochschulstudiengang dauern bis zu 4 Jahre).
- Ziel ist es, zwischen ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn individuelle Vereinbarungen über eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit zu treffen, wodurch die Interessen beider Seiten besser berücksichtigt werden können. Ein – zumindest teilweiser – Lohnausgleich soll durch ein „Bildungskarenzgeld“ erfolgen.

### Das Modell im Detail:

- Ein Arbeitsjahr besteht aus etwa 1.800 Arbeitsstunden – dieser maximale Umfang der Bildungskarenz soll beibehalten werden
- Die Inanspruchnahme der Bildungskarenz muss auf die individuellen Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen ausgerichtet sein,

das heißt:

- freie Einteilung der 1.800 Weiterbildungsstunden auf 4 Arbeitsjahre, nach 4 Jahren entsteht ein erneuter Anspruch
- von einer geringen Verkürzung der Tagesarbeitszeit bis zur Karenzierung für mehrere Monate wird alles möglich
- Bildungskarenzzeiten werden zwischen ArbeitnehmerIn und ArbeitgeberIn rechtzeitig im voraus vereinbart

- bei den Bildungsangeboten muss es sich um arbeitsmarktpolitisch sinnvolle Weiterbildung handeln – das AMS erstellt einen entsprechenden Katalog (Hobbykurse sollen damit ausgeschlossen werden)
- innerbetriebliche Schulungsmaßnahmen gelten nicht als Zeiten der Bildungskarenz
- je nach Verkürzung der Arbeitszeit übernimmt die öffentliche Hand (aus der Arbeitslosenversicherung) den Teilersatz des ausgefallenen Einkommens
- bei einer Karenzierung in vollem Umfang liegt der Einkommensersatz in der Höhe des fiktiven Arbeitslosengeldes, mindestens jedoch in der Höhe, der von der SPÖ vorgeschlagenen bedarfsorientierten Grundsicherung (Ausgleichszulagenrichtsatz 8.437 Schilling)
- pro Weiterbildungsstunde erhält eine Arbeitnehmerin/ein Arbeitnehmer also mindestens 56 Schilling netto an Karenzgeld
- ausbezahlt wird das Karenzgeld monatlich, je nach vereinbarter Arbeitsreduktion – Durchrechnungsmodelle können in vielen Fällen sinnvoll sein
- Bildungskarenz ist bei einem aufrechten Arbeitsverhältnis nach Erfüllung der Anwartschaft auf Arbeitslosengeld (in der Regel 52 Wochen) jederzeit möglich
- während der Bildungskarenz bleiben alle sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche aufrecht
- bei Auflösung des Dienstverhältnisses werden allfällige Beendigungsansprüche (z.B. Abfertigung) nach der Regelarbeitszeit vor der Bildungskarenz berechnet
- die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer ist während der Bildungskarenz durch das AMS kranken-, unfall- und pensionsversichert

### **Beispiel 1**

Ein Angestellter, der am Abend eine Fachhochschule besucht, muss während der Studienmonate jeden Tag eine Stunde früher seinen Arbeitsplatz verlassen, in der Prüfungszeit – zwei mal im Jahr – braucht er jeweils zwei Wochen Bildungskarenz, in den Ferienmonaten Juli, August, September arbeitet er Vollzeit.

Seine Arbeitszeit wird sich im Kalenderjahr von 1.800 – um 300 Arbeitsstunden oder ein Sechstel - auf 1.500 Stunden reduzieren.

Bei einem fiktiven Arbeitslosengeld von 12.000 ergibt sich eine Weiterbildungsförderung von rund 80 Schilling pro Stunde.

Dieser Arbeitnehmer würde das ganze Kalenderjahr über ein monatliches Bildungskarenzgeld von 2.000 Schilling pro Monat erhalten (Jahresdurchrechnung).

### **Beispiel 2**

Eine Angestellte, die sich für die Erstellung von Homepages interessiert, besucht einen Intensivlehrgang, der vier Monate dauert. In dieser Zeit will sie voll karenziert sein.

Ihre Arbeitszeit wird sich im Kalenderjahr von 1.800 – um 600 Arbeitsstunden oder ein Drittel - auf 1.200 Stunden reduzieren.

Bei einem fiktiven Arbeitslosengeld von 10.000 ergibt sich eine Weiterbildungsförderung von rund 66 Schilling pro Stunde.

Diese Arbeitnehmerin würde das ganze Kalenderjahr über eine monatliche Bildungskarenz von 3.300 Schilling pro Monat (Jahresdurchrechnung) oder in den vier Karenzmonaten ein Bildungskarenzgeld von je 9.900 Schilling erhalten.

**Beispiel 3**

Ein Tischler, der die Meisterprüfung ablegen will, besucht ein halbes Jahr lang einen Abendkurs zur Vorbereitung. Um den Lernstoff bewältigen zu können, halbiert er seine Wochenarbeitszeit.

Seine Arbeitszeit wird sich im Kalenderjahr von 1.800 – um 450 Arbeitsstunden oder um ein Viertel – auf 1.350 Stunden reduzieren.

Bei einem fiktiven Arbeitslosengeld von 8.000 wird der Ausgleichszulagenrichtsatz (8.437 Schilling) zur Berechnung herangezogen. Es ergibt sich eine Weiterbildungsförderung von rund 56 Schilling pro Stunde.

Dieser Arbeitnehmer würde das ganze Kalenderjahr über eine monatliche Bildungskarenz von 2.100 Schilling pro Monat (Jahresdurchrechnung) oder für die sechs Monate des Kurses je 4.200 Schilling erhalten.